

Der Brunnerbrief

No. 05/2019 – 15.03.2019



Viele kamen in der Ascherwoche zu einem Plausch mit Martin in Neu-Ulm vorbei. Es war eine tolle Veranstaltung - vielen Dank!

Ein inklusives Wahlrecht!

Artikel 3 unseres Grundgesetzes verlangt, alle Menschen gleich zu behandeln. Das gilt auch für Wahlen und Abstimmungen, das höchste Gut in einer Demokratie. Was vielen nicht bewusst ist: Bestimmte Personengruppen sind seit Jahr und Tag von der Wahrnehmung dieses Rechts ausgeschlossen, z.B. Menschen mit Vollbetreuung oder solche in Maßregelvollzug.

Schon seit einigen Jahren erklären wir den Unionsparteien, dass dieser Ausschluss einzelner Personengruppen im Bundeswahlgesetz verfassungswidrig ist. Leider war das bislang immer vergebens.

Leider musste wieder einmal das Verfassungsgericht handeln. Karlsruhe hat die

bestehende Regelung als verfassungswidrig eingestuft. Mithilfe der Judikativen konnten wir die Blockade der Union also endlich brechen.

Nun werden wir dafür sorgen, dass diese Menschen die Chance bekommen, ihr wichtigstes Bürgerrecht auszuüben. Konkret werden wir einen Gesetzentwurf einbringen, der den Ausschluss besagter Personengruppen im Bundes- und Europawahlgesetz ersatzlos streicht. Darüber hinaus werden wir Möglichkeiten einer Wahlrechtsassistenz für Menschen mit Behinderung schaffen. [Mehr hier.](#)

Ein Wehrmutstropfen bleibt jedoch. Laut EU-Recht müssen Änderungen im Wahlrecht mindestens ein Jahr vor der nächsten Wahl erfolgen. So werden die Änderungen erst bei der nächsten Europawahl tatsächlich greifen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

Bunt ist schön!

Wer mich kennt weiß, dass mir die Rechte von Minderheiten sehr am Herzen liegen, egal ethnisch oder sexuell begründet. Denn Minderheitenrechte sind immer der Gradmesser, wie gut eine Demokratie funktioniert!

Daher freue ich mich, dass ich am Dienstag von meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion zum Sprecher für die Belange von Lesben und Schwulen gewählt wurde. Ich habe mir vorgenommen, weiter für die Sichtbarkeit, Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung queerer Minderheiten kämpfen.

Gut was los im Wahlkreis

Die Ascherwoche war voll mit spannenden Gästen und Terminen im Wahlkreis. Besonders gefreut hat mich, dass uns zum "Europafrühstück" Martin Schulz besucht hat. Ich bin überzeugt: Wer Martin bei der Veranstaltung gehört hat, ist spätestens jetzt gut gewappnet, um im Europawahlkampf mit Leidenschaft, Verstand und einer Prise Humor für unser Europa einzustehen. Am Politischen Ascherfreitag machte Horst Arnold deutlich, wie er als neuer Fraktionsvorsitzender im Landtag die BayernSPD wieder auf Kurs bringen möchte. Bevor es zurück nach Berlin ging, standen noch zahlreiche Termine vor Ort an, u.a. das 20-jährige Jubiläum des "Lernzirkel Judentum" des Dossenberger Gymnasiums in Ichenhausen oder ein Treffen

bei Kaffee und Kuchen mit vielen engagierten Frauen anlässlich von 100 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland. Voller Eindrücke und frischer Motivation konnte ich mich so wieder in den Berliner Betrieb stürzen.

Populismus in Reinform

Am Donnerstag [redete](#) ich zu einem Gesetzentwurf der AfD. „Schutz von Verbrauchern vor unverhältnismäßigen Inkassoforderungen“, so der Titel. Aus den ersten Blick klingt das toll, denn wer kennt das nicht? Da bleibt eine Rechnung versehentlich mal ein paar Wochen unbezahlt und schon fallen Mahngebühren eines Inkassounternehmens an und die Rechnung von 40 Euro verdoppelt sich auf 80 Euro. Ärgerlich!

Der Entwurf der AfD fordert, den Gläubiger mit den Kosten des Inkassounternehmens zu belegen – zumindest bei einem Betrag von unter 100 Euro. Klingt gut und sozial, aber die Medaille hat immer zwei Seiten. Denn es ist davon auszugehen, dass dann viele Rechnungen gar nicht erst bezahlt würden, sodass der Gläubiger die bei ihm anfallenden Mahnkosten auf alle pünktlichen Zahler umlegen müsste, um die Sonderausgaben zu decken. Das klingt dann nicht mehr so fair und sozial.

Der Gesetzentwurf würde also keinen Verbraucherschutz schaffen, wie er suggeriert, sondern Schuldner in Schutz nehmen, die dann die Allgemeinheit belasten. Das wäre jedoch Unrecht.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



www.facebook.com/Brunner.SPD